

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2012



## Jetzt hilft auch nicht Fausts Seelenvielfalt

„Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust, die eine will sich von der andern trennen: die eine hält in derber Liebeslust sich an die Welt mit klammernden Organen; die andre hebt gewaltsam sich vom Dust zu den Gefilden hoher Ahnen.“

Wie verirrt sich eines der bekanntesten Zitate der deutschen klassischen Literatur – Autor ist Johann Wolfgang von Goethe, zu lesen ist es in: Faust, 1. Teil – in den ordnungspolitischen „Klartext“ der Ludwig-Erhard-Stiftung? Die Antwort ergibt sich aus der täglichen Lektüre der politischen Nachrichten zur sogenannten Euro-Rettung. Das Zitat verirrt sich nicht. Es gehört ab jetzt zur Standardkommentierung des unsäglichen Gewurstels um das Thema: „Die Finanzierung von Pleitestaaten zum Zwecke der Erhaltung der Europäischen Währungsunion“.

Dass hier nicht mehr der nüchterne Verstand regiert, zeigt sich im Verhalten des CSU-Politikers Hans-Peter Friedrich. Als Mann mit Sinn und Gespür für die Zusammenhänge der Ökonomie plädiert er – im wohlthuenden Unterschied zur Kanzlerin und zum Finanzminister – auf eine den Tatsachen und den Perspektiven entsprechende Weise für den Austritt oder die drängend nahegelegte Entlassung Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion. Als Mann der Unionsparteien stimmt er aber im Kabinett und im Parlament für ein zweites Paket mit dem politischen Label „Griechenland-Rettung“. Mit dem erkennbar guten Zustand seines ökonomischen und politischen Urteilsvermögens ist das nicht zu vereinbaren – wohl aber mit Fausts Seelenvielfalt. Nur: Faust ist eine Figur aus der Literatur. Da geht so manches.

Die „Friedrichs“ unter den Politikern sollten sich einen Ruck geben: keine weiteren Pakete; kein Rauspauken; keine Angst vor dem Ausscheiden von Ländern, die nicht in eine „Union“ gehören, die sich um eine stabile und angesehene Währung versammeln soll.

*Hans D. Barbier*

## Rettung? Welche Rettung?

Nun also Rettungspaket Nummer zwei für Griechenland. In der Bundestagsdebatte am 27. Februar wurden viele Gründe für das hilfreiche Wirken der neuerlichen Rettungsaktion genannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist in jedem Fall überzeugt: „Seit dem Beginn dieser Krise vor zwei Jahren sind wir ein gewaltiges Stück vorangekommen.“

Wie man's nimmt: Die griechische Wirtschaft schrumpfte 2010 um 4,5 Prozent, 2011 sank die Wirtschaftsleistung erneut, diesmal um 6,8 Prozent. Die Prognose der EU-Kommission für das laufende Jahr: nochmals ein Minus von 4,4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit stieg innerhalb von zwei Jahren von 13,9 Prozent auf 18,9 Prozent. Im November 2011 wurde eine Arbeitslosenquote von 20,9 Prozent ermittelt. In der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren liegt die Quote bei erschreckenden 48 Prozent!

Die Staatsschuldenquote, und um die dreht sich seit 2009 – nicht nur in Bezug auf Griechenland – das europäische Rettungswesen in der Hauptsache, stieg von 129 Prozent im Jahr 2009 auf 171 Prozent zum Jahresende 2011: Bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands von 215 Milliarden Euro betrug der Schuldenstand Ende 2011 rund 368 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Haushalt der deut-

schen Bundesregierung für 2012 beläuft sich auf rund 308 Milliarden Euro, das deutsche BIP lag 2011 bei 2 570 Milliarden Euro.

<http://goo.gl/wA5ww>

## Vielfältige Arbeitszeiten

Knapp 47 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten „ständig, regelmäßig oder gelegentlich“ samstags oder an Sonn- und Feiertagen. Ebenso viele arbeiten in den Abend- und Nachtstunden beziehungsweise in Wechselschichten. Diese Zahlen nennt die Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/8531.

Aus der Drucksache geht weiter hervor, dass im Jahr 2010 rund 36 Prozent der abhängig Beschäftigten Einfluss auf ihre Arbeitszeitgestaltung hatten. In festen Arbeitszeiten arbeiteten demzufolge 58 Prozent. 24 Prozent der Arbeitnehmer konnten ihr Arbeitspensum mittels Arbeitszeitkonten flexibel gestalten. Zehn Prozent konnten durch Gleitzeitregelungen bei täglich vorgegebener Arbeitszeit zumindest Beginn oder Ende ihrer Arbeit bestimmen.

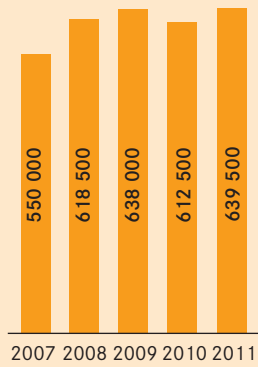
<http://goo.gl/3E4XB>

## Neue Heizung, alte Technik?

Der Bundesindustrieverband Deutschland Hausenergie und Umwelttechnik (BDH) ist sicher: In Deutschland ist weiterhin viel zu häufig veraltete Heiztechnik in Betrieb. Bedau-

## Heizanlagen

Installation von Wärme-Erzeugern



Quelle: BDH

erlich findet der BDH, dass von den rund 640 000 verkauften Heizungen in Deutschland (2011) nur jede vierte eine Öko-Heizung war, also eine Anlage, die einen mit erneuerbaren Energien betriebenen Wärme-Erzeuger nutzte. Noch vor drei Jahren hatte der Anteil am Gesamtabsatz bei 45 Prozent gelegen.

Nach Angaben des BDH haben der Wärmepumpen-Verkauf um zwölf Prozent, die Sonnenkollektor-Fläche um elf Prozent und der Verkauf von Biomassekesseln um vier Prozent zugenommen. Diese Zuwächse reichen nach Ansicht des Verbandes aber nicht, um das Ziel der Bundesregierung zu erreichen: Im Jahr 2020 sollen 14 Prozent der Heizanlagen durch erneuerbare Energien betrieben werden; zurzeit sind es neun Prozent.

Spitzenreiter bei der Heizungsmodernisierung ist die sogenannte Gas-Brennwerttechnik. Rund 57 Prozent der 2011 neu installierten Anlagen heizt mit diesem Verfahren.

<http://goo.gl/vqDWx>

## Lebensmittel-Monopoly?

Mit Agrargütern kann Geld verdient werden, ohne dass gesät, geackert oder geerntet werden muss. Doch die Spekulation mit Lebensmitteln steht am Pranger: Weil sich lebenswichtige Produkte – zum Beispiel Mais, Weizen und Reis – im Verlauf der letzten zehn Jahre erheblich verteuert haben, müsse Spekulation gesetzlich verboten werden.

Kaufen bei niedrigem Preis, verkaufen bei hohem: Täglich werden solche Transaktionen millionenfach durchgeführt, organisiert über Börsen, aber auch im privaten Bereich, weltweit. Mal profitieren die Käufer, ein anderes Mal die Verkäufer. Wer auf den günstigsten Preis wartet, um Kraftstoff oder Heizöl zu tanken; wer den Smartphone-Kauf noch ein paar Wochen verschiebt, weil es dann vielleicht billiger wird; wer einen Sparvertrag abschließt, um in zehn, zwanzig, fünfzig Jahren eine bestimmte Summe zur Verfügung zu haben – in jeder dieser Entscheidungen steckt ein spekulatives Element.

An Börsen und zwischen Investoren wird in wesentlich größerem Ausmaß ähnlich verfahren. Ob Gold oder Erdöl, seltene Erden oder Weizen: Dass Rohstoff-Lieferanten und verarbeitendes Gewerbe direkt oder über Zwischenhändler miteinander handeln, dürfte kaum überraschen. Anrühlich wird die Spekulation, wenn Agrargüter zum Gegenstand von Wetten auf zukünftige Entwicklungen werden. Seit einiger Zeit werden vor allem in Frankreich und Deutschland Stimmen laut, die Regeln gegen die Spekulation mit Agrargütern fordern.

### Rohstoff-Spekulation

Nachdem die Weltmarktpreise für Agrargüter jahrzehntlang

eher gesunken waren, entwickelten sie sich seit 2003/2004 in die andere Richtung. Zu dieser Zeit wurden Regulierungen für Warenmärkte gelockert oder abgeschafft. Die Folge: Allein in den zwei weltweit größten Rohstoffbörsen – beide in den USA beheimatet – stieg das eingezahlte Kapital in den folgenden fünf Jahren von 13 Milliarden US-Dollar (USD) auf 317 Milliarden USD.

Längst werden immense Mengen an Rohstoffen gehandelt, die ohne Bezug zur realen Wirtschaft stehen. An der Rohstoffbörse in Chicago wurden im Frühsommer 2011 Weizenkontrakte im Wert von 90 Milliarden USD gehandelt. Das entsprach einer Menge von rund 360 Millionen Tonnen Weizen, etwa die Hälfte der weltweiten Weizenproduktion eines Jahres. Das Hilfswerk Misereor vermutet in einer Studie, dass nur noch zwei Prozent aller Terminkontrakte tatsächliche Lieferungen nach sich ziehen. Kein Zweifel: Finanzinvestoren und Kapitalanleger haben in den vergangenen zehn Jahren verstärkt auch Agrarrohstoffe für ihre Portfolios entdeckt.

Kritiker sehen zwischen wachsender Spekulation und gestiegenen Lebensmittelpreisen eindeutige Zusammenhänge. 2011 kletterte der Preisindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food

and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) sogar über das 2008 erreichte Rekord-Preisniveau. In vielen ärmeren Ländern waren Hungerrevolten die Folge.

In westlichen Industrienationen konnten die Menschen die Preiserhöhungen einigermaßen aushalten, denn sie geben selten mehr als 20 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. In unterentwickelten Ländern müssen Menschen aber oft 80 Prozent und mehr für Essen ausgeben – sogar kleinste Preissteigerungen sind für sie katastrophal.

### Ursache und Wirkung – eindeutig mehrdeutig

Doch wie in anderen Fällen ist auch hier mit schnellen Schuldzuweisungen Vorsicht geboten. Spekulation als Ursache und Hunger als Folge davon lassen sich weniger eindeutig einander zuordnen, als es auf den ersten Blick scheint.

■ Festzustellen ist, dass sich die Weltbevölkerung von 1960 bis heute von drei auf sieben Milliarden Menschen mehr als verdoppelt hat. In den kommenden zwei Jahrzehnten werden schätzungsweise weitere 1,4 Milliarden neue Erdenbürger hinzukommen, und bis 2050 könnten neun bis zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben. Das wird in den kommenden Jahren immenser Anstrengungen bedür-



„Die Lebensbedingungen in manchen Teilen unserer Erde sind von Natur aus unterschiedlich hart. Dass die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte den Menschen in diesen Gebieten allgemein nur wenig Erleichterung gebracht haben, ist ernüchternd. Not und Elend brauchen aber nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen werden.“  
Ludwig Erhard

fen, alle ausreichend ernähren zu können.

Noch werden weltweit genügend Nahrungsmittel produziert. Das Problem: Sie sind nicht immer an den Orten verfügbar, wo Hunger herrscht. Das – gemessen an der Bevölkerungszahl – zweitgrößte Land der Erde, Indien, soll jährlich bis zu 40 Prozent der Ernte auf den Feldern oder auf dem Weg zu den Märkten verlieren: Unhygienische Lagerung, geringe Transportkapazitäten und fehlende Straßen gelten als Gründe für diese Ineffizienz.

■ Die Nachfrage nach Agrargütern ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen, und das liegt nicht nur an der angewachsenen Weltbevölkerung. Dazu kommt auch die – an sich positive – Tatsache, dass sich ein bis zwei Milliarden Menschen in Schwellenländern wie Brasilien, Indien und China inzwischen mehr und bessere Lebensmittel leisten können. Dabei wirkt sich die Gesamtnachfrage dieser Milliarden stärker auf die Nachfrage aus als Wohlfahrtszuwächse in den entwickelten Industriestaaten des Westens mit vergleichsweise guter Ernährungslage.

■ Erhebliche Nachfragezuwächse entstehen zudem durch steigenden Fleischkonsum in den Schwellenländern. Um Tiere schlachtreif zu füttern, werden mehr Kalorien in Form von Mais oder Soja verbraucht, als mit einem Schnitzel letztlich auf dem Teller landen. Für die aufstrebende Bevölkerung in diesen Ländern ist Fleisch oftmals prestigebehaftet: höherwertiges Essen, das man sich künftig häufiger leisten will und kann. Besonders anschau-

lich ist die Entwicklung in China: Dort liegt der Pro-Kopf-Verzehr von Schweinefleisch zwar noch weit unter dem Niveau von Nordamerika oder Europa. Dennoch verbraucht die chinesische Bevölkerung bereits die Hälfte der weltweiten Schweinefleisch-Produktion.

■ Die Möglichkeiten, zusätzliche Nahrungsmittel zu produzieren, sind begrenzt, landwirtschaftlich nutzbare Flächen lassen sich nicht beliebig vermehren. Stattdessen dürfte in den kommenden Jahrzehnten weltweit durch Verstädterung, Klimawandel und Raubbau mehr als das Doppelte an Ackerland verloren gehen, über das die EU-Staaten aktuell verfügen. Der steigende Anbau von „Energiepflanzen“ – Stichwort Biokraftstoff – könnte Lebensmittel zusätzlich verknappen.

■ In den vergangenen Jahren sind die Preise auch für solche Nahrungsmittel gestiegen, die gar nicht an Börsen gehandelt wurden: Kartoffeln, Eier, Obst und Gemüse zum Beispiel.

### Spekulation oder Absicherung?

Was häufig ebenso unbeachtet bleibt: Hat ein landwirtschaftlicher Betrieb eine gewisse Größe erreicht, ist es sinnvoll, seine Arbeit finanziell abzusichern. Vom Saatgut über die Löhne bis zu den Erntemaschinen muss vieles vorfinanziert werden, der Ertrag wird aber erst in sechs, acht Monaten fällig. Da ist es hilfreich und legitim, die Ernte auf Termin zu verkaufen, um eine sichere Finanzierungsquelle zu erschließen. Der zeitig festgelegte Verkaufspreis hilft, für die nächste Saison planen zu können.

Wie stark soll diese Form der Vorfinanzierung gesetzlich eingeschränkt werden?

An den Terminbörsen wird eine gewaltige Anzahl von Kontrakten gehandelt. Dabei geht es um Verträge mit einem Liefertermin, der in der Zukunft liegt, sogenannte Futures. Der „Spekulant“ ist nicht daran interessiert, mit realen Gütern zu handeln, sondern er verkauft den Kontrakt vor der vereinbarten Frist mit der Hoffnung auf Gewinn. Weil das Finanzvolumen dieser Futures deutlich über dem des tatsächlichen Warenhandels liegt, dürfte der Verkaufspreis der realen Agrargüter beeinflusst werden.

Dadurch hat die Spekulation zwar Einfluss auf den Marktpreis, nicht aber auf das tatsächliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage, das auf lange Sicht den Markt bestimmt. Der Spekulant hat keine Silos, in denen er Getreide lagert, das andere lieber zu Brot verarbeiten würden. Zwischenzeitlich sorgt er allerdings dafür, dass Agrarproduzenten und verarbeitende Unternehmen einen Markt vorfinden, auf dem sie ihre Risiken absichern können.

### Unrealistische Preise?

Wer behauptet, dass die Nahrungsmittel-Preise von Spekulanten unrealistisch weit nach oben getrieben werden, der müsste belegen, dass der „echte“ Preis ohne Spekulation deutlich niedriger wäre. Vor wenigen Jahren erklärte die FAO, dass niedrige Agrarpreise maßgeblich an Mangelernährung und Hunger schuld seien, da mit Landwirtschaft nicht genügend verdient wer-

den könne. Aktuell gelten die hohen Preise als Hunger-Verursacher.

Wie hoch ist der „richtige“ Preis für ein Agrarprodukt? Sollen Weizen, Mais und Reis so viel kosten, dass Landwirte in den Entwicklungsländern einen ausreichenden Lebensunterhalt erwirtschaften können? Oder soll Getreide so wenig kosten, dass es sich weltweit jeder leisten kann?

Unbestreitbar beeinflusst Spekulation einen Teil der Preise, die für Lebensmittel bezahlt werden müssen. Foodwatch geht in seiner kritischen Studie „Die Hungermacher“ davon aus, dass Spekulanten zur Verdoppelung der Getreidepreise zehn bis 15 Prozent beigetragen haben. Zum Vergleich: Die Weltbank betont, dass ohne Biokraftstoff-Nachfrage die Nahrungsmittelpreise 15 bis 20 Prozent niedriger wären.

Immerhin wäre der spekulative Anteil an den Preisen recht einfach zu beeinflussen: Einer Forsa-Umfrage zufolge finden es 84 Prozent der Deutschen inakzeptabel, an steigenden Lebensmittelpreisen zu verdienen. Knapp die Hälfte der Befragten würde ihre Geldanlage bei einer Institution kündigen, die Spekulation auf Agrargüter ermöglicht.

Deutlicher formuliert: Niemand ist gezwungen, seine private Vorsorge auf die Spekulation mit Agrargütern zu gründen. Jeder kann eigenverantwortlich entsprechende Anlageformen meiden oder sich Institutionen aussuchen, die auf diese Form der Kapitalanlage verzichten.

*Andreas Schirmer*



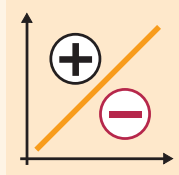
„Unternehmensgründer, aber auch überschuldete Verbraucher sollen nach einem Fehlstart möglichst schnell wieder auf die Beine kommen. Sie sollen sich schon bald wieder produktiv am Wirtschaftsleben beteiligen können. Deshalb möchte ich die Zeit bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung von derzeit sechs auf drei Jahre halbieren.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin der Justiz

## IM KLARTEXT

März 2012

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im März 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung +

Der Arbeitsmarkt ist in den Wintermonaten stark wetterabhängig: Die Witterung hat großen Einfluss auf den Beschäftigungsstand in den Bau- und anderen Außenberufen. Der vergleichsweise kalte Februar hat daher für leicht steigende Arbeitslosenzahlen in Deutschland gesorgt. Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitteilte, stieg die Zahl der Menschen ohne Arbeit um 26 000 auf 3,1 Millionen an.

Im Vergleich zum Februar des Vorjahres lag die Arbeitslosenzahl um 203 000 niedriger,

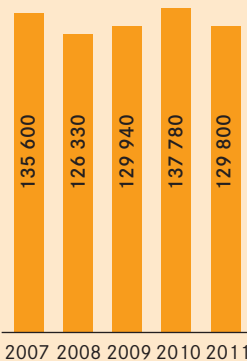
die offiziell gezählten 3,1 Millionen Arbeitslosen in der aktuellen BA-Statistik markieren zudem den niedrigsten Stand in einem Februar seit 1991.

### Eigenverantwortung +

Etwa sieben Prozent aller Privathaushalte in Deutschland gelten als überschuldet, sie können ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen. 2011 ist die Zahl der Verbraucherinsolvenzen gesunken: Rund 130 000 Menschen haben im vergangenen Jahr die Möglichkeit der geordneten Entschuldung genutzt. Hauptursache dafür, dass finanzielle Verpflichtungen nicht mehr erfüllt werden können, ist und bleibt Arbeitslosigkeit. Allerdings bleibt das Niveau der Privatinsolvenzen hoch, die Zahl der Insolvenzfälle 2011 war der dritthöchste Wert seit 1999.

Weil die Politik beschlossen hat, die Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens von derzeit sechs Jahren auf drei Jahre zu verkürzen, rechnen Experten damit, dass die Zahl der Privatinsolvenzen stark zunehmen wird. Der entsprechende Gesetzentwurf ist der-

### Privatinsolvenzen



Quelle: Creditreform

zeit im parlamentarischen Verfahren und soll im Verlauf des Jahres in Kraft gesetzt werden. Die Gefahr: Privatpersonen zögern eine Insolvenz heraus, da sie auf die Verkürzung der sogenannten Wohlverhaltensperiode setzen.

### Geldwertstabilität -

Ein Liter Super E10 kostete laut ADAC im Februar durchschnittlich 1,587 Euro, das waren rund fünf Cent mehr als im Januar. Auch Diesel verteuerte sich gegenüber dem Vormonat stark um vier Cent auf 1,48 Euro je Liter. Schuld an den teuren Kraftstoffen trägt der gestiege-

ne Rohölpreis. Der Preis für das Fass Rohöl betrug im Februar mit 125 Dollar so viel, wie seit Monaten nicht. Teurer war es 2008, das Fass kostete sogar 144 Dollar. Allerdings war ein Euro damals 1,57 Dollar wert. Inzwischen liegt der Wechselkurs bei 1,32 Dollar je Euro. Der Kursverfall des Dollars minderte vor vier Jahren den Preisanstieg des Rohöls. Diesmal verschärft der nachlassende Euro-Kurs – und der damit starke Dollar – die Situation.

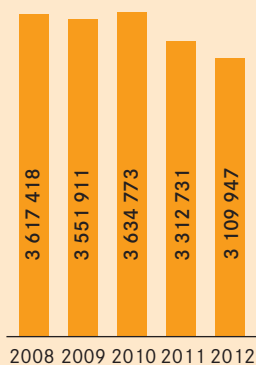
Ärger bereitet das im Gleichschritt vollzogene Auf und Ab der Kraftstoffpreise an den Tankstellen. Das Preisgebaren ruft zwar immer wieder auch das Bundeskartellamt auf den Plan, bislang jedoch ohne nennenswertes Ergebnis.

### Kraftstoffpreise

	in Cent pro Liter, jeweils Februar	
	Super	Diesel
2008	137,9	127,0
2009	118,6	104,0
2010	135,2	113,9
2011*	148,3	137,2
2012*	158,7	148,0

\* Super E10  
Quelle: ADAC

### Arbeitslose



jeweils Februar  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*ludwig-erhard-stiftung*